

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuer samt Protokoll (Moldau), Fassung vom 23.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SAMT PROTOKOLL
StF: BGBl. III Nr. 160/2004 (NR: GP XXII RV 494 AB 525 S. 66. BR: AB 7077 S.711.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 27 Abs. 1 des Abkommens wurden am 13. August 2004 bzw. 1. November 2004 vorgenommen; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 27 Abs. 2 am 1. Jänner 2005 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Moldau, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaates oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;

- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
 - b) in Moldau:
 - (i) die Einkommensteuer und
 - (ii) die Steuer von unbeweglichem Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke “ein Vertragsstaat” und “der andere Vertragsstaat”, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Moldau;
 - b) bedeutet der Ausdruck “Österreich” die Republik Österreich;
 - c) bedeutet der Ausdruck “Moldau” die Republik Moldau, und, im geografischen Sinn verwendet, das innerhalb seiner Grenzen liegende Hoheitsgebiet, bestehend aus der Erdoberfläche, dem Untergrund, den Gewässern und dem darüber liegenden Luftraum, über das die Republik Moldau uneingeschränkte und ausschließliche Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht ausübt;
 - d) umfasst der Ausdruck “Person” natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck “Gesellschaft” juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bezieht sich der Ausdruck “Unternehmen” auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - g) bedeuten die Ausdrücke “Unternehmen eines Vertragsstaats” und “Unternehmen des anderen Vertragsstaats”, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - h) bedeutet der Ausdruck “internationaler Verkehr” jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - i) bedeutet der Ausdruck “zuständige Behörde”
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Moldau: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - j) bedeutet der Ausdruck “Staatsangehöriger”
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - k) schließt der Ausdruck “Geschäftstätigkeit” auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck “eine in einem Vertragsstaat ansässige Person” eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der

Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich

auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird eine Versicherungsgesellschaft eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe sie eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn sie im Gebiet des anderen Vertragsstaats durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebsstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von

Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Dieser Artikel findet auch auf Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung Anwendung.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Gewinn aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr auch:

- a) Gewinne aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Gewinne aus der Benutzung, der Instandhaltung oder der Vermietung von Containern (einschließlich Anhängern und den mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die für die Beförderung von Gütern oder Waren verwendet werden,

wenn die Vercharterung, Benutzung, Instandhaltung oder Vermietung im Rahmen des Betriebes von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erfolgt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, wenn er diese Änderung für gerechtfertigt hält. Bei dieser Änderung

sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von dieser Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte ist und die Zinsen an die Regierung oder die Nationalbank eines Vertragsstaats gezahlt werden oder das Darlehen, für das die Zinsen gezahlt werden, von der Regierung oder der Nationalbank eines Vertragsstaats gewährt, garantiert oder besichert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Software, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, bezieht und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt, ansässig ist.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem

Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Moldau besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Moldau besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Moldau gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Moldau bezogenen Einkünfte entfällt.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Moldau dieses Abkommen so anwendet, dass Moldau diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10, 11 oder 12 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Moldau:

a) Bezieht eine in Moldau ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Moldau

(i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

(ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

b) Einkünfte oder Vermögen einer in Moldau ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Moldau auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Moldau bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung noch damit zusammenhängenden

Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg den Abschluss der nach seinen Rechtsvorschriften für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren mit.

(2) Dieses Abkommen tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt der späteren dieser Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 28

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es spätestens sechs Monate vor dem Ende eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr der Kündigung unmittelbar folgt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung unmittelbar folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 29.4.2004, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, moldauischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Sollten sich bei Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des Abkommens Abweichungen zeigen, geht der englische Text vor.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 24 zu suchen.

Zu Artikel 11

Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

In Bezug auf Österreich ist Artikel 11 Absatz 3 auch auf Darlehen anzuwenden, die von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt werden oder die mit einer Garantie der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Bevollmächtigte der Republik Österreich ausgestattet sind.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 29.4.2004, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, moldauischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Sollten sich bei Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des Protokolls Abweichungen zeigen, geht der englische Text vor.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2004

Ausgegeben am 30. Dezember 2004

Teil III

160. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXII RV 494 AB 525 S. 66. BR: AB 7077 S. 711.)

160.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU ZUR VERMEIDUNG DER DOPPEL-BESTEuerung UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SAMT PROTOKOLL

[deutscher Vertragstext siehe Anlagen]

[englischer Vertragstext siehe Anlagen]

[moldauischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 27 Abs. 1 des Abkommens wurden am 13. August 2004 bzw. 1. November 2004 vorgenommen; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 27 Abs. 2 am 1. Jänner 2005 in Kraft.

Schüssel

ABKOMMEN
ZWISCHEN
DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG
UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN
UND VOM VERMÖGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Moldau, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaates oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in Moldau:

- (i) die Einkommensteuer und
- (ii) die Steuer von unbeweglichem Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Moldau;
- b) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;

- c) bedeutet der Ausdruck "Moldau" die Republik Moldau, und, im geografischen Sinn verwendet, das innerhalb seiner Grenzen liegende Hoheitsgebiet, bestehend aus der Erdoberfläche, dem Untergrund, den Gewässern und dem darüber liegenden Luftraum, über das die Republik Moldau uneingeschränkte und ausschließliche Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht ausübt;
- d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Moldau: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- k) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer

Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird eine Versicherungsgesellschaft eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe sie eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn sie im Gebiet des anderen Vertragsstaats durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebsstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener

Aufwendungen), die von der Betriebsstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebsstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Dieser Artikel findet auch auf Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung Anwendung.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Gewinn aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr auch:

- a) Gewinne aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Gewinne aus der Benutzung, der Instandhaltung oder der Vermietung von Containern (einschließlich Anhängern und den mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die für die Beförderung von Gütern oder Waren verwendet werden,

wenn die Vercharterung, Benutzung, Instandhaltung oder Vermietung im Rahmen des Betriebes von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erfolgt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, wenn er diese Änderung für gerechtfertigt hält. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von dieser Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte ist und die Zinsen an die Regierung oder die Nationalbank eines Vertragsstaats gezahlt werden oder das Darlehen, für das die Zinsen gezahlt werden, von der Regierung oder der Nationalbank eines Vertragsstaats gewährt, garantiert oder besichert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Software, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der

Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, bezieht und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt, ansässig ist.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18**ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19**STUDENTEN**

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Moldau besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Moldau besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Moldau gezahlten Steuer

entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Moldau bezogenen Einkünfte entfällt.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Moldau dieses Abkommen so anwendet, dass Moldau diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10, 11 oder 12 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Moldau:

a) Bezieht eine in Moldau ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Moldau

(i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

(ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

b) Einkünfte oder Vermögen einer in Moldau ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Moldau auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Moldau bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung noch damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg den Abschluss der nach seinen Rechtsvorschriften für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren mit.

(2) Dieses Abkommen tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt der späteren dieser Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 28

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es spätestens sechs Monate vor dem Ende eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr der Kündigung unmittelbar folgt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung unmittelbar folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 29.4.2004, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, moldauischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Sollten sich bei Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des Abkommens Abweichungen zeigen, geht der englische Text vor.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Dr. Alfred Finz

Für die Regierung
der Republik Moldau:

Zinaida Greceanîi

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Moldau zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 24 zu suchen.

Zu Artikel 11

Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

In Bezug auf Österreich ist Artikel 11 Absatz 3 auch auf Darlehen anzuwenden, die von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt werden oder die mit einer Garantie der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Bevollmächtigte der Republik Österreich ausgestattet sind.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 29.4.2004, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, moldauischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Sollten sich bei Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des Protokolls Abweichungen zeigen, geht der englische Text vor.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Dr. Alfred Finz

Für die Regierung
der Republik Moldau:

Zinaida Greceanîi

**CONVENTION
BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF MOLDOVA
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE
PREVENTION OF FISCAL EVASION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON PROPERTY**

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Moldova, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on property,

Have agreed as follows:

Article 1**PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

1. This Convention shall apply to taxes on income and on property imposed on behalf of a Contracting State or of its administrative-territorial units or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on property all taxes imposed on total income, on total property, or on elements of income or of property, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax;
- (ii) the corporation tax;
- (iii) the land tax;
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises, and
- (v) the tax on the value of vacant plots;

b) in Moldova:

- (i) the income tax, and
- (ii) the tax on immovable property.

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3**GENERAL DEFINITIONS**

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
 - a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean Austria or Moldova, as the context requires;
 - b) the term "Austria" means the Republic of Austria;
 - c) the term "Moldova" means the Republic of Moldova and, when used in a geographical sense, means its territory within its borders, consisting of soil, subsoil, waters and aerial space above soil and waters, over which the Republic of Moldova exercises its absolute and exclusive sovereignty and jurisdiction, in accordance with its internal legislation and international law;
 - d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
 - e) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
 - f) the term "enterprise" applies to the carrying on of any business;
 - g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - h) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - i) the term "competent authority" means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in Moldova: the Minister of Finance or his authorised representative;
 - j) the term "national" means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;
 - k) the term "business" includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.
2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4**RESIDENT**

1. For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of registration, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any administrative-territorial unit or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or property situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5**PERMANENT ESTABLISHMENT**

1. For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;

e) a workshop, and

f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction, assembly or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom the provisions of paragraph 6 apply - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, an insurance enterprise of a Contracting State shall, except the cases of reinsurance, be considered as having a permanent establishment in the other Contracting State if it collects insurance premiums on the territory of that other State or insures risks situated therein through a person which is not an agent of an independent status.

8. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7

BUSINESS PROFITS

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards

reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any of its other offices.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs of this Article, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

8. The provisions of this Article shall apply also to profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is subjected to the same taxation treatment.

Article 8

SHIPPING AND AIR TRANSPORT

1. Profits derived by a resident of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

2. For the purpose of this Article, profits from the operation of ships or aircraft in international traffic include:

- a) profits from the rental on a bare boat basis of ships or aircraft; and
- b) profits from the use, maintenance or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers) used for the transport of goods or merchandise,

where such rental or such use, maintenance or rental, as the case may be, is incidental to the operation of ships or aircraft in international traffic.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

1. Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits, where that other State considers the adjustment justified. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by that company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest mentioned in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident, if such recipient is the beneficial owner of the interest and if such interest is paid to, or the loan in respect of which the interest is paid, is made, guaranteed or insured by, the Government or the National Bank of a Contracting State.

4. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

5. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematography films, any patent, software, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively

connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

3. Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INCOME FROM EMPLOYMENT

1. Subject to the provisions of Articles 15, 17 and 18, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve-month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the State of which the enterprise operating the ship or aircraft is a resident.

Article 15

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16

ARTISTES AND SPORTSMEN

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 17**PENSIONS**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 18**GOVERNMENT SERVICE**

1.
 - a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or an administrative-territorial unit or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or unit or authority shall be taxable only in that State.
 - b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
2.
 - a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or an administrative-territorial unit or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or unit or authority shall be taxable only in that State.
 - b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
3. The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or an administrative-territorial unit or a local authority thereof.

Article 19**STUDENTS**

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that first-mentioned State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 20**OTHER INCOME**

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

Article 21**PROPERTY**

1. Property represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Property represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

3. Property represented by ships and aircraft operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in that State.

4. All other elements of property of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 22**ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION**

Double taxation shall be eliminated as follows:

1. In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Moldova, Austria shall, subject to the provisions of sub-paragraphs b) and c), exempt such income or property from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in Moldova, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the

tax paid in Moldova. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Moldova.

- c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or property owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or property of such resident, take into account the exempted income or property.
- d) The provisions of sub-paragraph a) shall not apply to income derived or property owned by a resident of Austria where Moldova applies the provisions of this Convention to exempt such income or property from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10, 11 or 12 to such income.

2. In Moldova:

a) Where a resident of Moldova derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Moldova shall allow:

- (i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
- (ii) as a deduction from the tax on the property of that resident, an amount equal to the tax on property paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or tax on property, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the property which may be taxed in Austria.

b) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or property owned by a resident of Moldova is exempt from tax in Moldova, Moldova may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or property of such resident, take into account the exempted income or property.

Article 23

NON-DISCRIMINATION

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

2. Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

3. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to

residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

4. Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable property of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

5. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

Article 24

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25

EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by this Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only insofar as this is necessary to safeguard predominant and legitimate interests of another person or predominant public interests.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

Article 26

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 27

ENTRY INTO FORCE

1. Each of the Contracting States shall notify the other, through diplomatic channels, of the completion of the procedures required by its law for the entry into force of this Convention.

2. This Convention shall enter into force sixty days after the date of the latter of the notifications and its provisions shall have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source, on income derived on or after 1st January of the calendar year next following the year in which the Convention enters into force;
- b) in respect of other taxes on income and on property, for any taxable year beginning on or after 1st January of the calendar year next following the year in which the Convention enters into force.

Article 28

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by one of the Contracting States. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving notice of termination at least six months before the end of any calendar year following after the period of five years from the date on which the Convention entered into force. In such event, the Convention shall cease to have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source, on income derived on or after 1st January of the calendar year next following the year in which the notice of termination is given;
- b) in respect of other taxes on income and on property, for any taxable year beginning on or after 1st January of the calendar year next following the year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE at Vienna on April 29, 2004, in two originals, each in the German, Moldovan and English languages, both originals being equally authentic. In the case of appearance of some divergences in application or interpretation of the provisions of this Convention, the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria:

Dr. Alfred Finz

For the Government of the
Republic of Moldova:

Zinaida Greceanîi

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Moldova for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on property , the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention. The Commentaries - as they may be revised from time to time - constitute a means of interpretation. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries on the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 24, if necessary.

Re Article 11

Income from rights or debt-claims carrying a right to participate in the profits, including the income derived by a sleeping partner from his participation as a sleeping partner or from participating loans and participating bonds, may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State.

In the case of Austria Article 11 paragraph 3 shall also apply in respect of a loan made by, or covered by a guarantee issued by, the Oesterreichische Kontrollbank AG acting on behalf of the Republic of Austria.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE at Vienna on April 29, 2004, in two originals, each in the German, Moldovan and English languages, both originals being equally authentic. In the case of appearance of some divergences in application or interpretation of the provisions of this Protocol, the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria:

Dr. Alfred Finz

For the Government of
the Republic of Moldova:

Zinaida Greceanii

CONVENȚIE
ÎNTRE
GUVERNUL REPUBLICII AUSTRIA
ȘI
GUVERNUL REPUBLICII MOLDOVA
PENTRU EVITAREA DUBLEI IMPUNERI ȘI
PREVENIREA EVAZIUNII FISCALE CU PRIVIRE
LA IMPOZITELE PE VENIT ȘI PE PROPRIETATE

Guvernul Republicii Austria și Guvernul Republicii Moldova,
dorind să încheie o Convenție pentru evitarea dublei impuneri și
prevenirea evaziunii fiscale cu privire la impozitele pe venit și pe proprietate,
au convenit după cum urmează:

Articolul 1 PERSOANE VIZATE

Prezenta Convenție se va aplica persoanelor care sînt rezidente ale unui
sau ale ambelor State Contractante.

Articolul 2 IMPOZITE VIZATE

1. Prezenta Convenție se va aplica impozitelor pe venit și pe proprietate,
percepute în numele unui Stat Contractant sau unităților sale administrativ-
teritoriale, sau autorităților locale, indiferent de modul în care sînt percepute.

2. Vor fi considerate ca impozite pe venit și pe proprietate toate
impozitele, percepute pe venitul total, pe proprietatea totală sau pe elementele de
venit sau de proprietate, inclusiv impozitele pe câștigurile din înstrăinarea
proprietății mobiliare sau imobiliare, impozitele pe sumele totale ale simbrilor
sau salariilor, plătite de către întreprinderi, precum și impozitele pe creșterea de
capital.

3. Impozitele existente asupra cărora se va aplica Convenția, în particular,
sînt:

a) în Austria:

- (i) impozitul pe venit;
- (ii) impozitul corporativ;
- (iii) impozitul funciar;
- (iv) impozitul pe întreprinderile agricole și silvice, și
- (v) impozitul pe valoarea fâșiilor de pământ vacante;

b) în Moldova:

- (i) impozitul pe venit, și
- (ii) impozitul pe bunurile imobiliare.

4. Convenția se va aplica, de asemenea, oricăror impozite identice sau
substanțial similare, care sînt percepute după data semnării Convenției, în plus,
sau în locul impozitelor existente. Autoritățile competente ale Statelor
Contractante se vor notifica reciproc asupra oricăror modificări importante
operate în legislațiile lor fiscale.

Articolul 3

DEFINIȚII GENERALE

1. În sensul prezentei Convenții, în măsura în care contextul nu cere o interpretare diferită:

a) termenii “un Stat Contractant” și “celălalt Stat Contractant” înseamnă Austria sau Moldova, după cum cere contextul;

b) termenul “Austria” înseamnă Republica Austria;

c) termenul “Moldova” înseamnă Republica Moldova și, utilizat în sens geografic, înseamnă teritoriul acesteia, cuprins între frontierele sale, alcătuit din sol, subsol, ape și spațiu aerian de deasupra solului și apelor, asupra căruia Republica Moldova își exercită suveranitatea și jurisdicția sa deplină și exclusivă, în conformitate cu legislația sa internă și cu dreptul internațional;

d) termenul “persoană” include o persoană fizică, o companie și orice altă asocieră de persoane;

e) termenul “companie” înseamnă orice asocieră corporativă sau orice entitate care este tratată, în scopuri fiscale, ca o asocieră corporativă;

f) termenul “întreprindere” se aplică persoanei care exercită orice activitate de afaceri;

g) termenii “întreprindere a unui Stat Contractant” și “întreprindere a celuilalt Stat Contractant” înseamnă, respectiv, o întreprindere, gestionată de un rezident al unui Stat Contractant și o întreprindere, gestionată de un rezident al celuilalt Stat Contractant;

h) termenul “trafic internațional” înseamnă orice transport cu o navă maritimă sau aeronavă, exploatată de o întreprindere a unui Stat Contractant, cu excepția cazului, când nava maritimă sau aeronava este exploatată numai între locurile situate în celălalt Stat Contractant;

i) termenul “autoritate competentă” înseamnă:

(i) în Austria: Ministrul federal al finanțelor sau reprezentantul său autorizat;

(ii) în Moldova: Ministrul finanțelor sau reprezentantul său autorizat;

j) termenul “persoană națională” înseamnă:

- (i) orice persoană fizică care are cetățenia unui Stat Contractant;
- (ii) orice persoană juridică, societate sau asociație, care au primit un asemenea statut al lor, potrivit legislației în vigoare a unui Stat Contractant;

k) termenul “activitate de afaceri” include prestarea serviciilor profesionale și altor activități cu caracter independent.

2. În ce privește aplicarea Convenției la orice perioadă de timp de către un Stat Contractant, orice termen, care nu este definit în ea, dacă contextul nu cere o interpretare diferită, va avea înțelesul pe care îl are la acea perioadă de timp, potrivit legislației acestui Stat cu privire la impozitele la care se aplică Convenția, orice înțeles, potrivit legislației fiscale corespunzătoare a acestui Stat, va prevala asupra înțelesului atribuit termenului de alte legi ale acestui Stat.

Articolul 4 REZIDENT

1. În sensul prezentei Convenții, termenul “rezident al unui Stat Contractant” înseamnă orice persoană, care, potrivit legislației acestui Stat, este supusă impunerii acolo, potrivit domiciliului, reședinței, locului de înregistrare, locului de conducere ale sale sau oricărui alt criteriu de natură similară și, de asemenea, include acest Stat și orice unitate administrativ-teritorială sau autoritate locală a acestuia. Acest termen, totuși, nu va include orice persoană care este supusă impunerii fiscale în acest Stat numai în legătură cu veniturile realizate din sursele aflate în acest Stat sau proprietatea situată acolo.

2. Când, în conformitate cu prevederile paragrafului 1, o persoană fizică este rezidentă a ambelor State Contractante, atunci statutul său va fi determinat după cum urmează:

a) aceasta va fi considerată rezidentă numai a Statului în care ea are o locuință permanentă la dispoziția sa; dacă aceasta are o locuință permanentă la dispoziția sa în ambele State, ea va fi considerată rezidentă numai a Statului cu care relațiile sale personale și economice sînt mai strânse (centrul intereselor vitale);

b) dacă Statul, în care aceasta are centrul intereselor sale vitale, nu poate fi determinat sau dacă ea nu are o locuință permanentă la dispoziția sa în nici un Stat, ea va fi considerată rezidentă numai a Statului în care ea locuiește în mod obișnuit;

c) dacă aceasta locuiește în mod obișnuit în ambele State sau în nici unul dintre ele, ea va fi considerată rezidentă numai a Statului, a cărui cetățenie o are;

d) dacă aceasta are cetățenia ambelor State sau a nici unuia dintre ele, autoritățile competente ale Statelor Contractante se vor strădui să rezolve problema de comun acord.

3. Când, potrivit prevederilor paragrafului 1, o persoană, alta decât o persoană fizică, este rezidentă a ambelor State Contractante, atunci ea va fi considerată rezidentă numai a Statului în care este situat locul conducerii sale efective.

Articolul 5 **REPREZENTANȚĂ PERMANENTĂ**

1. În sensul prezentei Convenții, termenul “reprezentanță permanentă” înseamnă un loc fix de afaceri prin care este exercitată, integral sau parțial, activitatea de afaceri a unei întreprinderi.

2. Termenul “reprezentanță permanentă”, în special, include:

- a) un loc de conducere;
- b) o filială;
- c) un birou;
- d) o fabrică;
- e) un atelier, și
- f) o mină, o sondă petrolieră sau de gaze, o carieră sau orice alt loc de extracție a resurselor naturale.

3. Un șantier de construcție sau un proiect de construcție, asamblare sau montaj constituie o reprezentanță permanentă numai dacă el continuă mai mult de douăsprezece luni.

4. Indiferent de prevederile precedente ale acestui articol, termenul “reprezentanță permanentă” va fi considerat, că nu include:

- a) utilizarea de instalații, exclusiv, în scopul depozitării, expunerii sau livrării produselor sau mărfurilor aparținând întreprinderii;
- b) menținerea unui stoc de produse sau mărfuri aparținând întreprinderii, exclusiv, în scopul depozitării, expunerii sau livrării;
- c) menținerea unui stoc de produse sau mărfuri aparținând întreprinderii, exclusiv, în scopul prelucrării de către altă întreprindere;
- d) menținerea unui loc fix de afaceri, exclusiv, în scopul achiziționării produselor sau mărfurilor, sau colectării de informații pentru întreprindere;
- e) menținerea unui loc fix de afaceri, exclusiv, în scopul exercitării pentru întreprindere a oricărei alte activități cu caracter pregător sau auxiliar;
- f) menținerea unui loc fix de afaceri, exclusiv, pentru orice combinație de activități, specificate în subparagrafele de la a) la e), cu condiția, ca întreaga activitate a locului fix de afaceri, ce rezultă din această combinație, să aibă un caracter pregător sau auxiliar.

5. Indiferent de prevederile paragrafelor 1 și 2, când o persoană - alta decât un agent cu statut independent, căruia i se aplică prevederile paragrafului 6 - acționează în numele unei întreprinderi și are, și de regulă, utilizează într-un Stat Contractant împuternicirea de a încheia contracte în numele întreprinderii, atunci această întreprindere va fi considerată că are o reprezentanță permanentă în acest Stat, referitoare la orice activități pe care această persoană le exercită pentru întreprindere, cu excepția cazurilor, când activitățile acestei persoane sînt limitate de cele, specificate în paragraful 4, care fiind exercitate printr-un loc fix de afaceri, nu transformă acest loc fix de afaceri într-o reprezentanță permanentă, potrivit prevederilor acestui paragraf.

6. O întreprindere nu va fi considerată, că are o reprezentanță permanentă într-un Stat Contractant, numai prin faptul, că aceasta exercită activitate de afaceri în acest Stat printr-un broker, agent comisionar general sau orice alt agent cu statut independent, cu condiția, ca asemenea persoane să acționeze în cadrul activității lor obișnuite.

7. Indiferent de prevederile precedente ale acestui articol, o întreprindere de asigurări a unui Stat Contractant, cu excepția cazurilor de reasigurare, va fi considerată că are o reprezentanță permanentă în celălalt Stat Contractant, dacă aceasta colectează prime de asigurări pe teritoriul aceluși celălalt Stat sau asigură riscuri situate acolo printr-o persoană, care nu este un agent cu statut independent.

8. Faptul, că o companie, care este rezidentă a unui Stat Contractant, controlează sau este controlată de o companie, care este rezidentă a celuilalt Stat Contractant sau care exercită activitate de afaceri în acel celălalt Stat (fie, printr-o reprezentanță permanentă sau în alt mod), nu este suficient pentru a face una din aceste companii o reprezentanță permanentă a celeilalte.

Articolul 6

VENITUL DIN PROPRIETĂȚI IMOBILIARE

1. Venitul, realizat de un rezident al unui Stat Contractant din proprietăți imobiliare (inclusiv venitul din agricultură sau din silvicultură), situate în celălalt Stat Contractant, poate fi impus în acel celălalt Stat.

2. Termenul "proprietăți imobiliare" va avea înțelesul pe care îl are potrivit legislației Statului Contractant, în care proprietățile în cauză sînt situate. Termenul va include, în orice caz, accesoriile proprietății imobiliare, inventarul viu și utilajul, utilizate în agricultură și silvicultură, drepturile, asupra cărora se aplică prevederile dreptului comun cu privire la proprietatea funciară, uzufructul proprietăților imobiliare și drepturile la plățile variabile sau fixe ca compensații pentru exploatarea sau concesionarea zăcămintelor minerale, izvoarelor și altor

resurse naturale; navele maritime, fluviale și aeronavele nu vor fi considerate ca proprietăți imobiliare.

3. Prevederile paragrafului 1 se vor aplica venitului, realizat din utilizarea directă, darea în arendă sau utilizarea în orice altă formă a proprietăților imobiliare.

4. Prevederile paragrafelor 1 și 3 se vor aplica, de asemenea, venitului din proprietățile imobiliare ale unei întreprinderi.

Articolul 7 **PROFITURI DIN ACTIVITĂȚI DE AFACERI**

1. Profiturile unei întreprinderi a unui Stat Contractant vor fi impuse numai în acest Stat, cu excepția cazului, când întreprinderea exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant printr-o reprezentanță permanentă situată acolo. Dacă întreprinderea exercită activitate de afaceri în acest mod, profiturile întreprinderii pot fi impuse în celălalt Stat, dar numai acea parte a lor care este atribuită acelei reprezentanțe permanente.

2. Sub rezerva prevederilor paragrafului 3, când o întreprindere a unui Stat Contractant exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant printr-o reprezentanță permanentă situată acolo, atunci în fiecare Stat Contractant, acestei reprezentanțe permanente i se vor atribui profiturile care le-ar fi putut realiza, dacă ar fi constituit o întreprindere distinctă și separată, exercitând activități identice sau similare în condiții identice sau similare și tratând cu toată independența cu întreprinderea, a cărei reprezentanță permanentă ea este.

3. La determinarea profiturilor unei reprezentanțe permanente vor fi admise spre deducere cheltuielile efectuate pentru scopurile reprezentanței permanente, inclusiv cheltuielile de conducere și cheltuielile generale de administrare astfel suportate, indiferent de faptul, că s-au efectuat în Statul în care este situată reprezentanța permanentă sau în altă parte. Totuși, o asemenea deducere nu va fi admisă în privința sumelor, dacă există, plătite (altele decât pentru acoperirea cheltuielilor curente) de către reprezentanța permanentă către oficiul central al întreprinderii sau oricărui alte oficii ale sale, sub formă de royalty, onorarii sau alte plăți similare în schimbul utilizării brevetelor de invenții sau altor drepturi, sau sub formă de comisioane pentru serviciile specifice prestate sau pentru conducere, sau, cu excepția unei instituții bancare, sub formă de dobânzi pentru sumele de bani date cu împrumut reprezentanței permanente. În același mod, nu se va ține seama, la determinarea profiturilor unei reprezentanțe permanente, de sumele plătite (altele decât pentru acoperirea cheltuielilor curente) de către reprezentanța permanentă către oficiul central al întreprinderii sau oricărui alte oficii ale sale, sub formă de royalty, onorarii sau

alte plăți similare în schimbul utilizării brevetelor de invenții sau altor drepturi, sau sub formă de comisioane pentru servicii specifice prestate sau pentru conducere, sau, cu excepția unei instituții bancare, sub formă de dobânzi pentru sumele de bani date cu împrumut oficiului central al întreprinderii sau oricăror alte oficii ale sale.

4. În măsura, în care într-un Stat Contractant se obișnuiește ca profiturile, atribuite unei reprezentanțe permanente, să fie determinate în baza repartizării proporționale a profiturilor totale ale întreprinderii către diversele sale oficii, nimic în paragraful 2 nu va împiedica acest Stat Contractant să determine profiturile impozabile în baza unei asemenea repartizări obișnuite; metoda de repartizare adoptată va fi, totuși, aceea ca rezultatul să fie în conformitate cu principiile incluse în acest articol.

5. Nici un profit nu va fi atribuit unei reprezentanțe permanente din simplul motiv, că această reprezentanță permanentă achiziționează produse sau mărfuri pentru întreprindere.

6. În sensul paragrafelor precedente ale prezentului articol, profiturile, atribuite reprezentanței permanente, vor fi determinate în fiecare an prin aceeași metodă, dacă nu există motiv temeinic și suficient de a proceda altfel.

7. Când profiturile includ elemente de venit, care sînt tratate separat în alte articole ale prezentei Convenții, atunci prevederile acelor articole nu vor fi afectate de prevederile acestui articol.

8. Prevederile prezentului articol se vor aplica, de asemenea, profiturilor, realizate de orice partener din participarea sa într-o societate și în orice altă asociere de persoane, care este supusă aceluiași regim de impunere.

Articolul 8

TRANSPORTURI MARITIME ȘI AERIENE

1. Profiturile, realizate de un rezident al unui Stat Contractant din exploatarea în trafic internațional a navelor maritime sau aeronavelor vor fi impuse numai în acest Stat.

2. În sensul prezentului articol, profiturile din exploatarea în trafic internațional a navelor maritime sau aeronavelor includ:

a) profiturile din darea în arendă a navelor maritime sau aeronavelor fără echipaj; și

b) profiturile din utilizarea, menținerea sau darea în arendă a containerelor (inclusiv treilere și utilajul conex pentru transportarea containerelor), utilizate pentru transportarea produselor sau mărfurilor,

dacă asemenea arendă sau asemenea utilizare, menținere sau arendă este aferentă la exploatarea în trafic internațional a navelor maritime sau aeronavelor, după caz.

3. Prevederile paragrafului 1 se vor aplica, de asemenea, profiturilor din participarea la un pool, o afacere în comun sau o agenție internațională de transporturi.

Articolul 9 ÎNTRERINDERI ASOCIATE

1. Când:

a) o întreprindere a unui Stat Contractant participă, direct sau indirect, la conducerea, controlul sau capitalul unei întreprinderi a celuilalt Stat Contractant, sau

b) aceleași persoane participă, direct sau indirect, la conducerea, controlul sau capitalul unei întreprinderi a unui Stat Contractant și a unei întreprinderi a celuilalt Stat Contractant,

și, fie într-un caz, fie în celălalt, cele două întreprinderi sînt legate în relațiile lor comerciale sau financiare prin condiții acceptate sau impuse, care diferă de acelea care ar fi fost stabilite între întreprinderi independente, atunci orice profituri, care fără aceste condiții ar fi fost calculate uneia din întreprinderi, dar nu au fost astfel calculate, datorită acestor condiții, pot fi incluse în profiturile acestei întreprinderi și impuse, în consecință.

2. Când un Stat Contractant include în profiturile unei întreprinderi a acestui Stat - și impune, în consecință - profiturile, asupra cărora o întreprindere a celuilalt Stat Contractant a fost supusă impunerii în acel celălalt Stat și profiturile astfel calculate sînt profituri care ar fi fost calculate întreprinderii primului Stat menționat, dacă condițiile între două întreprinderi ar fi fost aceleași ca și cele, stabilite între întreprinderile independente, atunci acel celălalt Stat va proceda la o modificare corespunzătoare a sumei impozitului încasat acolo pe acele profituri, dacă acel celălalt Stat consideră modificarea justificată. La efectuarea acestei modificări se va ține seama de celelalte prevederi ale prezentei Convenții și, în caz de necesitate, autoritățile competente ale Statelor Contractante se vor consulta reciproc.

Articolul 10 DIVIDENDE

1. Dividendele, plătite de o companie rezidentă a unui Stat Contractant unui rezident al celuilalt Stat Contractant, pot fi impuse în acel celălalt Stat.

2. Totuși, aceste dividende pot fi, de asemenea, impuse în Statul Contractant, a cărui rezidentă este compania plătitoare de dividende și potrivit legislației acestui Stat, dar dacă proprietarul beneficiar al dividendelor este un rezident al celuilalt Stat Contractant, impozitul astfel perceput nu va depăși:

a) 5 la sută din suma brută a dividendelor, dacă proprietarul beneficiar este o companie (altă decât o societate), care deține, în mod direct, cel puțin 25 la sută din capitalul companiei plătitoare de dividende;

b) 15 la sută din suma brută a dividendelor în toate celelalte cazuri.

Autoritățile competente ale Statelor Contractante vor stabili de comun acord modul de aplicare a acestor limitări.

Acest paragraf nu va afecta impunerea companiei în ce privește profiturile din care se plătesc dividendele.

3. Termenul “dividende”, cum este utilizat în acest articol, înseamnă veniturile din acțiuni, acțiunile “jouissance” sau drepturile “jouissance”, acțiunile industriei miniere, acțiunile de fondator sau alte drepturi, ce nu sînt titluri de creanță, participante la profituri, precum și veniturile din alte drepturi corporative, care sînt supuse aceluiași regim de impunere ca și veniturile din acțiuni, potrivit legislației Statului, a cărui rezidentă este compania distribuitoare de profituri.

4. Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se vor aplica, dacă proprietarul beneficiar al dividendelor, fiind un rezident al unui Stat Contractant, exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant, a cărui rezidentă este compania plătitoare de dividende, printr-o reprezentanță permanentă situată acolo și holdingul, în legătură cu care se plătesc dividendele, este efectiv legat de această reprezentanță permanentă. În asemenea situație se vor aplica prevederile articolului 7.

5. Când o companie rezidentă a unui Stat Contractant realizează profituri sau venituri din celălalt Stat Contractant, acel celălalt Stat nu poate supune nici unui impozit dividendele plătite de această companie, cu excepția cazului, când asemenea dividende sînt plătite unui rezident al acelu celălalt Stat sau când holdingul, în legătură cu care se plătesc dividendele, este efectiv legat de o reprezentanță permanentă situată în acel celălalt Stat, nici să supună profiturile

nedistribuite ale companiei unui impozit asupra profiturilor nedistribuite ale companiei, chiar dacă dividendele plătite sau profiturile nedistribuite constau integral sau parțial din profituri sau venituri ce provin din acel celălalt Stat.

Articolul 11 DOBÂNZI

1. Dobânzile, ce provin dintr-un Stat Contractant și plătite unui rezident al celui alt Stat Contractant, pot fi impuse în acel celălalt Stat.

2. Totuși, aceste dobânzi pot fi, de asemenea, impuse în Statul Contractant din care provin și potrivit legislației acestui Stat, dar dacă proprietarul beneficiar al dobânzilor este un rezident al celui alt Stat Contractant, impozitul astfel perceput nu va depăși 5 la sută din suma brută a dobânzilor. Autoritățile competente ale Statelor Contractante vor stabili de comun acord modul de aplicare a acestei limitări.

3. Indiferent de prevederile paragrafului 2, dobânzile menționate în paragraful 1 vor fi impuse numai în Statul Contractant, al cărui rezident este primitorul, dacă asemenea primitor este proprietarul beneficiar al dobânzilor și dacă asemenea dobânzi sînt plătite sau împrumutul, pentru care se plătesc dobânzile, este acordat, garantat sau asigurat de către Guvernul sau Banca Națională a unui Stat Contractant.

4. Termenul “dobânzi”, cum este utilizat în acest articol, înseamnă veniturile din titluri de creanță de orice natură, însoțite sau nu de garanții ipotecare și de dreptul de participare la profiturile debitorului, și, în special, veniturile din hârtii de valoare de stat și veniturile din titluri de creanță sau obligațiuni, inclusiv primele și premiile, aferente acestor hârtii de valoare, titluri de creanță sau obligațiuni. Penalitățile calculate pentru plata cu întârziere nu vor fi considerate ca dobânzi în sensul acestui articol.

5. Prevederile paragrafelor 1, 2 și 3 nu se vor aplica, dacă proprietarul beneficiar al dobânzilor, fiind un rezident al unui Stat Contractant, exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant, din care provin dobânzile, printr-o reprezentanță permanentă situată acolo și titlurile de creanță, în legătură cu care se plătesc dobânzile, sînt efectiv legate de această reprezentanță permanentă. În asemenea situație se vor aplica prevederile articolului 7.

6. Dobânzile vor fi considerate că provin dintr-un Stat Contractant, când plătitorul este un rezident al acestui Stat. Totuși, când plătitorul dobânzilor, fie, că este sau nu un rezident al unui Stat Contractant, are într-un Stat Contractant o reprezentanță permanentă, în legătură cu care a apărut datoria, pentru care se plătesc dobânzile, și asemenea dobânzi se suportă de această reprezentanță

permanentă, atunci aceste dobânzi vor fi considerate că provin din Statul, în care este situată reprezentanța permanentă.

7. Când, datorită unei relații speciale existente între plătitor și proprietarul beneficiar sau între ambii și o oarecare terță persoană, suma dobânzilor, referitoare la titlul de creanță pentru care sînt plătite, depășește suma care ar fi fost convenită între plătitor și proprietarul beneficiar, în lipsa acestei relații, prevederile acestui articol se vor aplica numai la ultima sumă menționată. În asemenea situație partea excedentară a plăților va rămâne impozabilă, potrivit legislației fiecărui Stat Contractant, ținând seama de celelalte prevederi ale prezentei Convenții.

Articolul 12 **ROYALTY**

1. Royalty, ce provin dintr-un Stat Contractant și plătite unui rezident al celuilalt Stat Contractant, pot fi impuse în acel celălalt Stat.

2. Totuși, aceste royalty pot fi, de asemenea, impuse în Statul Contractant din care provin și potrivit legislației acestui Stat, dar dacă proprietarul beneficiar al royalty este un rezident al celuilalt Stat Contractant, impozitul astfel perceput nu va depăși 5 la sută din suma brută a royalty. Autoritățile competente ale Statelor Contractante vor stabili de comun acord modul de aplicare a acestei limitări.

3. Termenul "royalty", cum este utilizat în acest articol, înseamnă plățile de orice natură, primite ca compensație pentru utilizarea sau concesiunea oricărui drept de autor asupra unei opere literare, artistice sau științifice, inclusiv filme de cinema, orice brevet de invenții, produse soft, emblemă comercială, design sau model, plan, formulă secretă sau proces, sau pentru informații referitoare la experiența în domeniul industrial, comercial sau științific.

4. Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se vor aplica dacă proprietarul beneficiar al royalty, fiind un rezident al unui Stat Contractant, exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant din care provin royalty, printr-o reprezentanță permanentă situată acolo și dreptul sau proprietatea, pentru care se plătesc royalty, este efectiv legată de această reprezentanță permanentă. În asemenea situație se vor aplica prevederile articolului 7.

5. Royalty vor fi considerate, că provin dintr-un Stat Contractant când plătitorul este un rezident al acestui Stat. Totuși, când plătitorul de royalty, fie, că este sau nu rezident al unui Stat Contractant, are într-un Stat Contractant o reprezentanță permanentă, în legătură cu care a apărut obligația de a plăti royalty, și asemenea royalty se suportă de această reprezentanță permanentă, atunci

aceste royalty vor fi considerate că provin din Statul, în care este situată reprezentanța permanentă.

6. Când, datorită unei relații speciale existente între plătitor și proprietarul beneficiar sau între ambii și o oarecare terță persoană, suma royalty, referitoare la utilizarea, dreptul sau informația pentru care sînt plătite, depășește suma care ar fi fost convenită între plătitor și proprietarul beneficiar, în lipsa acestei relații, prevederile acestui articol se vor aplica numai la ultima sumă menționată. În asemenea situație partea excedentară a plăților va rămâne impozabilă, potrivit legislației fiecărui Stat Contractant, ținînd seama de celelalte prevederi ale prezentei Convenții.

Articolul 13

CÂȘTIGURI DE CAPITAL

1. Câștigurile, realizate de un rezident al unui Stat Contractant din înstrăinarea proprietății imobiliare, specificată în articolul 6, și situată în celălalt Stat Contractant, pot fi impuse în acel celălalt Stat.

2. Câștigurile din înstrăinarea proprietății mobiliare, ce face parte din proprietatea comercială a unei reprezentanțe permanente pe care o întreprindere a unui Stat Contractant o are în celălalt Stat Contractant, inclusiv câștigurile din înstrăinarea unei asemenea reprezentanțe permanente (separat sau cu întreaga întreprindere), pot fi impuse în acel celălalt Stat.

3. Câștigurile, realizate de o întreprindere a unui Stat Contractant din înstrăinarea navelor maritime sau aeronavelor exploatate în trafic internațional, sau proprietății mobiliare, ce ține de exploatarea acestor nave maritime sau aeronave vor fi impuse numai în acest Stat.

4. Câștigurile din înstrăinarea oricărei proprietăți, alta decât cea specificată în paragrafele 1, 2 și 3, vor fi impuse numai în Statul Contractant, a cărui rezidentă este persoana care înstrăinează.

Articolul 14

VENITURI DIN MUNCA SALARIATĂ

1. Sub rezerva prevederilor articolelor 15, 17 și 18, salariile, simbriile și alte remunerații similare, primite de un rezident al unui Stat Contractant în legătură cu munca salariată, vor fi impuse numai în acest Stat, cu excepția cazului, când munca salariată este exercitată în celălalt Stat Contractant. Dacă munca salariată este exercitată în acest mod, asemenea remunerații primite de acolo pot fi impuse în acel celălalt Stat.

2. Indiferent de prevederile paragrafului 1, remunerațiile, primite de un rezident al unui Stat Contractant în legătură cu munca salariată exercitată în celălalt Stat Contractant, vor fi impuse numai în primul Stat menționat, dacă:

a) primitorul este prezent în celălalt Stat pentru o perioadă sau perioade care nu depășesc în total 183 zile în orice perioadă de douăsprezece luni ce se începe sau se termină în anul fiscal dat, și

b) remunerațiile sînt plătite de un patron sau în numele unui patron, care nu este rezident al celuilalt Stat, și

c) remunerațiile nu sînt suportate de o reprezentanță permanentă pe care patronul o are în celălalt Stat.

3. Indiferent de prevederile precedente ale acestui articol, remunerațiile primite în legătură cu munca salariată exercitată la bordul unei nave maritime sau aeronave exploatare în trafic internațional, pot fi impuse în Statul a cărui rezidentă este întreprinderea care exploatează nava maritimă sau aeronava.

Articolul 15 **ONORARIILE DIRECTORILOR**

Onorariile directorilor și alte plăți similare, primite de un rezident al unui Stat Contractant în calitate sa de membru al comitetului de conducere al unei companii, care este rezidentă a celuilalt Stat Contractant, pot fi impuse în acel celălalt Stat.

Articolul 16 **ARTIȘTI ȘI SPORTIVI**

1. Indiferent de prevederile articolelor 7 și 14, venitul, realizat de un rezident al unui Stat Contractant ca un artist de estradă, cum sînt artiștii de teatru, cinema, radio sau televiziune, sau un interpret muzical, sau ca un sportiv, din activitățile sale personale, exercitate în celălalt Stat Contractant, poate fi impus în acel celălalt Stat.

2. Când venitul, în legătură cu activitățile personale, exercitate de un artist de estradă sau un sportiv în această calitate a sa, nu revine însuși artistului de estradă sau sportivului, ci unei alte persoane, acest venit, indiferent de prevederile articolelor 7 și 14, poate fi impus în Statul Contractant în care sînt exercitate activitățile artistului de estradă sau sportivului.

Articolul 17 **PENSII**

Sub rezerva prevederilor paragrafului 2 al articolului 18, pensiile și alte

remunerații similare, plătite unui rezident al unui Stat Contractant pentru munca salariată exercită în trecut, vor fi impuse numai în acest Stat.

Articolul 18 **SERVICIUL PUBLIC**

1. a) Salariile, simbriile și alte remunerații similare, altele decât pensia, plătite de un Stat Contractant sau o unitate administrativ-teritorială, sau o autoritate locală a acestuia unei persoane fizice pentru serviciile prestate acestui Stat sau unități, sau autorități, vor fi impuse numai în acest Stat.

b) Totuși, asemenea salarii, simbrii și alte remunerații similare vor fi impuse numai în celălalt Stat Contractant, dacă serviciile sînt prestate în acel Stat și persoana fizică este rezidentă a acelu Stat, care:

(i) are cetățenia acelu Stat; sau
(ii) nu a devenit rezidentă a acelu Stat, numai în scopul prestării serviciilor.

2. a) Orice pensie, plătită de sau din fondurile create de un Stat Contractant sau o unitate administrativ-teritorială, sau o autoritate locală a acestuia unei persoane fizice pentru serviciile prestate acestui Stat sau unități, sau autorități, va fi impusă numai în acest Stat.

b) Totuși, asemenea pensie va fi impusă numai în celălalt Stat Contractant, dacă persoana fizică este rezidentă și are cetățenia acelu Stat.

3. Prevederile articolelor 14, 15, 16 și 17 se vor aplica salariilor, simbriilor și altor remunerații similare, și pensiilor, pentru serviciile prestate, în legătură cu o activitate de afaceri, exercitată de un Stat Contractant sau o unitate administrativ-teritorială, sau o autoritate locală a acestuia.

Articolul 19 **STUDENȚI**

Plățile, primite de un student sau un stagiar care este sau a fost imediat înainte de a vizita un Stat Contractant, rezident al celuilalt Stat Contractant și care este prezent în primul Stat menționat, exclusiv, în scopul instruirii sau pregătirii sale, destinate pentru întreținerea, instruirea și pregătirea sa, nu vor fi impuse în acel prim Stat menționat, cu condiția, ca aceste plăți să provină din sursele aflate în afara acestui Stat.

Articolul 20

ALTE VENITURI

1. Elementele de venit ale unui rezident al unui Stat Contractant, indiferent de sursa de proveniență, care nu sînt tratate în articolele precedente ale prezentei Convenții, vor fi impuse numai în acest Stat.

2. Prevederile paragrafului 1 nu se vor aplica veniturilor, altor decât veniturile din proprietăți imobiliare, așa cum sînt definite în paragraful 2 al articolului 6, dacă primitorul acestor venituri, fiind un rezident al unui Stat Contractant, exercită activitate de afaceri în celălalt Stat Contractant printr-o reprezentanță permanentă situată acolo și dreptul sau proprietatea, în legătură cu care venitul plătit, este efectiv legată de această reprezentanță permanentă. În asemenea situație se vor aplica prevederile articolului 7.

Articolul 21

PROPRIETATEA

1. Proprietatea, reprezentată de proprietăți imobiliare, cum este definită în articolul 6, deținută de un rezident al unui Stat Contractant și situată în celălalt Stat Contractant, poate fi impusă în acel celălalt Stat.

2. Proprietatea, reprezentată de proprietăți mobiliare, ce face parte din proprietatea comercială a unei reprezentanțe permanente, pe care o întreprindere a unui Stat Contractant o are în celălalt Stat Contractant, poate fi impusă în acel celălalt Stat.

3. Proprietatea, reprezentată de nave maritime și aeronave exploatare de o întreprindere a unui Stat Contractant în trafic internațional și de proprietăți mobiliare ce țin de exploatarea unor asemenea nave maritime sau aeronave, va fi impusă numai în acest Stat.

4. Toate celelalte elemente de proprietate ale unui rezident al unui Stat Contractant vor fi impuse numai în acest Stat.

Articolul 22

ELIMINAREA DUBLEI IMPUNERI

Dubla impunere va fi eliminată în felul următor:

1. În Austria:

a) Când un rezident al Austriei realizează venit sau deține proprietate care, în conformitate cu prevederile prezentei Convenții, poate fi impusă în

Moldova, Austria, sub rezerva prevederilor subparagrafelor b) și c), va scuti de impunere asemenea venit sau proprietate.

b) Când un rezident al Austriei realizează elemente de venit care, în conformitate cu prevederile articolelor 10, 11 și 12, pot fi impuse în Moldova, Austria va permite deducerea din impozitul pe venit al acestui rezident a sumei egale cu impozitul plătit în Moldova. Asemenea deducere, totuși, nu va depăși acea parte a impozitului, calculată până la acordarea deducerii, care este atribuită acestor elemente de venit realizate în Moldova.

c) Când, în conformitate cu orice prevedere a Convenției, venitul realizat sau proprietatea deținută de un rezident al Austriei este scutită de impunere în Austria, Austria poate, totuși, la calcularea sumei impozitului pe venitul sau proprietatea rămasă a acestui rezident, să ia în seamă venitul sau proprietatea scutită.

d) Prevederile subparagrafului a) nu se vor aplica venitului realizat sau proprietății, deținute de un rezident al Austriei, când Moldova aplică prevederile prezentei Convenții pentru a scuti de impunere asemenea venit sau proprietate sau aplică acestui venit prevederile paragrafului 2 al articolului 10, 11 sau 12.

2. În Moldova:

a) Când un rezident al Moldovei realizează venit sau deține proprietate care, în conformitate cu prevederile prezentei Convenții, poate fi impusă în Austria, Moldova va permite:

(i) deducerea din impozitul pe venit al acestui rezident a sumei egale cu impozitul pe venit, plătit în Austria;

(ii) deducerea din impozitul pe proprietate al acestui rezident a sumei egale cu impozitul pe proprietate, plătit în Austria.

Asemenea deducere în nici un caz, totuși, nu va depăși acea parte a impozitului pe venit sau impozitului pe proprietate, calculat până la acordarea deducerii, ce se atribuie venitului sau proprietății, după caz, care poate fi impusă în Austria.

b) Când, în conformitate cu orice prevedere a Convenției, venitul realizat sau proprietatea deținută de un rezident al Moldovei este scutită de impunere în Moldova, Moldova poate, totuși, la calcularea sumei impozitului pe venitul sau proprietatea rămasă a acestui rezident, să ia în seamă venitul sau proprietatea scutită.

Articolul 23

NEDISCRIMINAREA

1. Persoanele naționale ale unui Stat Contractant nu vor fi supuse în celălalt Stat Contractant nici unei impuneri sau obligații legate de aceasta, diferită sau mai împovărătoare decât impunerea și obligațiile aferente la care sînt sau pot fi supuse persoanele naționale ale aceluși celălalt Stat, aflate în aceleași circumstanțe, în special, în privința reședinței.

2. Persoanele fără cetățenie, care sînt rezidente ale unui Stat Contractant, nu vor fi supuse în nici un Stat Contractant nici unei impuneri sau obligații legate de aceasta, diferită sau mai împovărătoare decât impunerea și obligațiile aferente la care sînt sau pot fi supuse persoanele naționale ale Statului respectiv, aflate în aceleași circumstanțe, în special, în privința reședinței.

3. Impunerea unei reprezentanțe permanente, pe care o întreprindere a unui Stat Contractant o are în celălalt Stat Contractant, nu va fi stabilită în condiții mai puțin favorabile în acel celălalt Stat, decât impunerea stabilită întreprinderilor aceluși celălalt Stat, care exercită aceleași activități. Această prevedere nu va fi interpretată ca obligînd un Stat Contractant să acorde rezidenților celuilalt Stat Contractant orice deduceri, înlesniri și scutiri cu titlu personal pe baza statutului civil sau obligațiilor familiale, în ce privește impunerea, pe care le acordă propriilor săi rezidenți.

4. Cu excepția cazului, cînd se aplică prevederile paragrafului 1 al articolului 9, paragrafului 7 al articolului 11 sau paragrafului 6 al articolului 12, dobînzile, royalty și alte plăți efectuate de o întreprindere a unui Stat Contractant unui rezident al celuilalt Stat Contractant, vor fi deduse, în scopul determinării profiturilor impozabile ale acestei întreprinderi, în aceleași condiții, ca și cum ar fi fost plătite unui rezident al primului Stat menționat. În mod similar, orice datorii ale unei întreprinderi a unui Stat Contractant față de un rezident al celuilalt Stat Contractant, vor fi deduse, în scopul determinării proprietății impozabile a acestei întreprinderi, în aceleași condiții, ca și cum ar fi fost contractate față de un rezident al primului Stat menționat.

5. Întreprinderile unui Stat Contractant al căror capital este integral sau parțial deținut sau controlat, în mod direct sau indirect, de unul sau mai mulți rezidenți ai celuilalt Stat Contractant, nu vor fi supuse în primul Stat menționat nici unei impuneri sau obligații legate de aceasta, diferită sau mai împovărătoare decât impunerea și obligațiile aferente la care sînt sau pot fi supuse alte întreprinderi similare ale primului Stat menționat.

Articolul 24

PROCEDURA AMIABILĂ

1. Când o persoană consideră, că din acțiunile unui sau ambelor State Contractante rezultă sau va rezulta pentru ea o impunere care nu este în conformitate cu prevederile prezentei Convenții, ea poate, indiferent de căile de atac, prevăzute de legislația internă a acestor State, să supună cazul său autorității competente a Statului Contractant a cărui rezidentă ea este sau, dacă cazul său cade sub incidența paragrafului 1 al articolului 23, a acelu Stat Contractant a cărui persoană națională ea este. Cazul trebuie să fie prezentat în decurs de trei ani de la prima notificare a acțiunii din care rezultă, că impunerea nu este în conformitate cu prevederile Convenției.

2. Autoritatea competentă se va strădui, dacă reclamația i se pare întemeiată și dacă ea însăși nu este în stare să ajungă la o soluționare satisfăcătoare, să rezolve cazul de comun acord cu autoritatea competentă a celuilalt Stat Contractant, în scopul evitării unei impozitări care nu este în conformitate cu Convenția. Orice înțelegere realizată va fi aplicată indiferent de orice perioadă de prescripție prevăzută de legislația internă a Statelor Contractante.

3. Autoritățile competente ale Statelor Contractante se vor strădui să rezolve de comun acord orice dificultăți sau dubii rezultate ca urmare a interpretării sau aplicării Convenției. De asemenea, acestea se pot consulta reciproc pentru eliminarea dublei impuneri în cazurile neprevăzute de Convenție.

4. Autoritățile competente ale Statelor Contractante pot comunica direct între ele, inclusiv prin intermediul unei comisii mixte, formate din ele însele sau reprezentanții săi, în scopul realizării unei înțelegeri, în sensul paragrafelor precedente.

Articolul 25

SCHIMB DE INFORMAȚII

1. Autoritățile competente ale Statelor Contractante vor face schimb de informații, necesare realizării prevederilor prezentei Convenții. Schimbul de informații nu este limitat de articolul 1. Orice informație primită de un Stat Contractant va fi tratată ca secret în același mod ca și informația primită, potrivit legislației interne a acestui Stat, și va fi dezvăluită numai persoanelor sau autorităților (inclusiv instanțele judecătorești și organele administrative) abilitate cu stabilirea sau perceperea, încasarea forțată sau urmărirea judiciară, sau soluționarea contestațiilor cu privire la impozitele vizate de Convenție. Asemenea persoane sau autorități vor utiliza informația numai în aceste scopuri. Acestea pot dezvălui informația în procedurile judecătorești publice sau în

deciziile judiciare. Chiar și în asemenea cazuri, confidențialitatea informației referitoare la persoană poate fi suspendată numai în măsura, în care aceasta este necesară pentru a apăra interesele predominante și legitime ale altei persoane sau interesele predominante publice.

2. Prevederile paragrafului 1, în nici un caz, nu vor fi interpretate ca impunând unui Stat Contractant obligația:

a) de a realiza măsuri administrative contrare legislației și practicii administrative ale acestui sau ale celuilalt Stat Contractant;

b) de a furniza informații care nu pot fi accesibile potrivit legislației sau în procesul administrării obișnuite a acestui sau a celuilalt Stat Contractant;

c) de a furniza informații, care ar dezvălui orice secret de negoț, de afaceri, industrial, comercial sau profesional, sau un proces comercial sau informații a căror divulgare ar fi contrară politicii de stat (ordre public) sau drepturilor fundamentale acordate de un Stat, în special, în domeniul protecției informației.

Articolul 26

MEMBRII MISIUNILOR DIPLOMATICE ȘI POSTURILOR CONSULARE

Nimic în prezenta Convenție nu va afecta privilegiile fiscale ale membrilor misiunilor diplomatice sau posturilor consulare în virtutea normelor generale ale dreptului internațional sau a prevederilor acordurilor speciale.

Articolul 27

INTRAREA ÎN VIGOARE

1. Fiecare dintre Statele Contractante va notifica celuilalt, prin canale diplomatice, despre îndeplinirea procedurilor, cerute potrivit legislației sale, pentru intrarea în vigoare a prezentei Convenții.

2. Prezenta Convenție va intra în vigoare după șaiszeci de zile din data ultimei din notificări și prevederile sale vor avea efect:

a) cu referință la impozitele reținute la sursă, la venitul, realizat la sau după 1 ianuarie a anului calendaristic, imediat următor anului, în care Convenția a intrat în vigoare;

b) cu referință la celelalte impozite pe venit și pe proprietate, pentru orice an fiscal, ce se începe la sau după 1 ianuarie a anului calendaristic, imediat următor anului, în care Convenția a intrat în vigoare.

Articolul 28

DENUNȚAREA

Prezenta Convenție va rămâne în vigoare până la denunțare de către unul dintre Statele Contractante. Fiecare Stat Contractant poate denunța Convenția, prin canale diplomatice, înaintând o notă de denunțare, cu cel puțin șase luni până la finele oricărui an calendaristic, ce urmează după perioada de cinci ani de la data în care Convenția a intrat în vigoare. În asemenea situație Convenția va înceta să aibă efect:

a) cu referință la impozitele reținute la sursă, la venitul, realizat la sau după 1 ianuarie a anului calendaristic, imediat următor anului, în care a fost remisă nota de denunțare;

b) cu referință la celelalte impozite pe venit și pe proprietate, pentru orice an fiscal, ce se începe la sau după 1 ianuarie a anului calendaristic, imediat următor anului, în care a fost remisă nota de denunțare.

Drept care, subsemnații, autorizați în bună și cuvenită formă, au semnat prezenta Convenție.

Întocmit la Viena la 29. aprilie 2004 în două exemplare originale, fiecare în limbile germană, moldovenească și engleză, ambele originale fiind egal autentice. În cazul apariției unor divergențe la aplicarea sau interpretarea prevederilor prezentei Convenții, textul în limba engleză va prevala.

**Pentru Guvernul
Republicii Austria:**

Alfred Finz m.p.

**Pentru Guvernul
Republicii Moldova**

Zinaida Grecianîi m.p.

PROTOCOL

La momentul semnării Convenției între Guvernul Republicii Austria și Guvernul Republicii Moldova pentru evitarea dublei impuneri și prevenirea evaziunii fiscale cu privire la impozitele pe venit și pe proprietate, subsemnații au convenit, că următoarele prevederi vor forma o parte integră a Convenției:

Interpretarea Convenției

S-a convenit, că prevederile Convenției care sînt formulate conform prevederilor corespunzătoare ale Modelului OCDE al Convenției pe venit și pe capital sau Modelului Organizației Națiunilor Unite al Convenției pentru evitarea dublei impuneri între țările dezvoltate și în curs de dezvoltare, vor avea, în general, același înțeles, cum este exprimat în comentariile OCDE și ONU la acestea. Înțelegerea din propoziția precedentă nu se va aplica referitor la orice interpretare contrară, convenită de către autoritățile competente după intrarea în vigoare a Convenției. Comentariile - după cum ele pot fi periodic revizuite - constituie o modalitate de interpretare. În cazul unor diferende de interpretare, după cum sînt formulate în comentariile la Modelele OCDE și ONU, o interpretare comună urmează să fie găsită de comun acord, potrivit articolului 24, după caz.

Referitor la articolul 11

Venitul din drepturi sau titluri de creanță, participante la profituri, inclusiv venitul realizat de către o persoană din participarea sa în calitate de comanditar sau din împrumuturi și obligații de participare, poate fi, de asemenea, impus în Statul Contractant din care provine și potrivit legislației acestui Stat.

În cazul Austriei, articolul 11 paragraful 3 se va aplica, de asemenea, în legătură cu împrumutul acordat sau asigurat de o garanție eliberată de Oesterreichische Kontrollbank AG, care activează în numele Republicii Austria.

Drept care, subsemnații, autorizați în bună și cuvenită formă, au semnat prezentul Protocol.

Întocmit la Viena la 29. aprilie 2004 în două exemplare originale, fiecare în limbile germană, moldovenească și engleză, ambele originale fiind egal autentice. În cazul apariției unor divergențe la aplicarea sau interpretarea prevederilor prezentului Protocol, textul în limba engleză va prevala.

**Pentru Guvernul
Republicii Austria:**

Alfred Finz m.p.

**Pentru Guvernul
Republicii Moldova:**

Zinaida Grecianîi m.p.